

5. Standesinitiative für ein Schliessungsmoratorium für Poststellen bis zum Vorliegen und der Genehmigung einer gesamtschweizerischen Poststellenplanung

Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 7. Februar 2020 zur parlamentarischen Initiative Hans-Peter Amrein

KR-Nr. 50a/2018

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Präsident der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK): Es geht also jetzt um «Post», es geht nicht um «den Post», also beispielsweise den Post von Mimi Jäger (*Schweizer Influencerin Mirjam Jäger, die mit einem Kommentar zu einer «Black Live Matters»-Demonstration auf Instagram in Kritik geraten ist*), sondern «die Post», die schweizerische Post. Die Kommission für Staat und Gemeinden beantragt Ihnen, der parlamentarischen Initiative von Hans-Peter Amrein betreffend eine Standesinitiative für ein Schliessungsmoratorium für Poststellen und damit der Einreichung der entsprechenden Standesinitiative in Bern zuzustimmen.

Hintergrund der parlamentarischen Initiative von Hans-Peter Amrein sind die zahlreichen Poststellenschliessungen, die in den letzten Jahren in ländlichen und städtischen Gebieten des Kantons Zürich erfolgt sind. Diese stehen im Zeichen des Wandels, des Wandels durch die Zunahme von Onlineeinkäufen und der fortschreitenden Digitalisierung. Trotz diesen Veränderungen am Markt dürfen aber keine Versorgungslücken für die Bevölkerung entstehen. Diesen Grundsatz nimmt die PI Amrein auf.

Die Gesamtheit der STGK anerkennt die Betroffenheit in der Bevölkerung und die durch die Schliessungen entstandenen Versorgungslücken in gewissen Quartieren und Dörfern. Auch wird von allen Kommissionsmitgliedern die fehlende Einflussmöglichkeit von Gemeinden und lokalen Behörden bemängelt, was nicht zuletzt auf die mangelhafte Kommunikation durch die Post selber zurückzuführen ist.

Die Kommissionsmehrheit sieht in der Einreichung einer Standesinitiative die Chance, die Probleme anzugehen, die durch die Schliessungen der Poststellen entstehen. In der Eröffnung von sogenannten Zugangsstellen in Tankstellen oder Lebensmittelläden mit reduziertem Angebot erkennt die Kommissionsmehrheit keinen vollständigen Ersatz für die geschlossenen Poststellen, welche vorher den vollen Service angeboten haben. Dabei ist insbesondere auch an die ältere Bevölkerung zu denken, die ihren Zahlungsverkehr nicht mehr abwickeln kann, wenn keine Poststelle erreichbar ist. Die weniger mobilen Personengruppen haben einen Einschnitt in ihrer Selbstständigkeit erfahren. Gerade in Zeiten von Corona (*Covid-19-Pandemie*) wurde dies schlagartig offenbar. Es wurde offenbar, wie viele Menschen nach wie vor am Schalter Einzahlungen tätigen. Um diese Menschen der Risikogruppe zu unterstützen, bot dann auch die Post Bezahldienste am Wohnort dieser Menschen an. Das zeigt uns, dass das entsprechende Bedürfnis nach wie vor vorhanden ist.

Bei den Dienstleistungen der Post handelt es sich also und vor allem um einen Service public, weshalb die finanziellen Gesichtspunkte nicht allein im Zentrum stehen sollen. Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit sollte Priorität haben, und genau darauf, auf die Versorgungssicherheit aller Menschen, darauf zielt die Initiative von Hans-Peter Amrein ab: Die Post ist anzuweisen, keine Stellen mehr zu schliessen, bis nicht eine genehmigte Versorgungsplanung vorliegt.

Die Kommissionsminderheit erkennt in den Postagenturen, die unter anderem auch in Apotheken integriert sind, eine konstruktive Alternative in Zeiten des wirtschaftlichen Wandels. Zudem sieht sie darin auch klare Vorteile, wie beispielsweise die längeren Öffnungszeiten. Im Kern argumentiert die Kommissionsminderheit damit, dass die Post als Unternehmen die betriebswirtschaftlichen Aspekte berücksichtigen muss. Aus dieser Perspektive müssen zukunftsorientierte und wirtschaftlich sinnvolle Lösungen angestrebt werden. Ein Schliessungsmoratorium verschliesst sich solchen Lösungen, so die Minderheit. Vielmehr würde es in die aktuell laufende, marktorientierte Planung der Post eingreifen und ihr die hierfür nötige Flexibilität nehmen. Aus den genannten Gründen beantragt die Minderheit der Kommission, die parlamentarische Initiative abzulehnen.

Abschliessend komme ich noch zur in der Kommission diskutierten Frage, ob eine Standesinitiative das richtige Instrument ist, um das Anliegen der parlamentarischen Initiative Amrein auf Bundesebene einzubringen: Es wurde teilweise die Befürchtung geäussert, dass die Standesinitiative, statt eine positive Wirkung zu erzielen, einen Abwehrreflex gegen den Kanton Zürich provozieren könnte. Zudem wurde kritisiert, dass es sich nicht um ein typisch zürcherisches Thema handelt, sondern alle Regionen der Schweiz gleichermassen betroffen seien. Die Kommissionsmehrheit stellt sich jedoch auf den Standpunkt, dass dem Anliegen der parlamentarischen Initiative mittels einer Standesinitiative Gehör verschafft werden soll. Dass deswegen ein Anti-Zürich-Reflex zu befürchten ist, davon ist die Kommissionsmehrheit nicht überzeugt. Denn der Kanton Zürich repräsentiert auch die Vielfalt: die grösste Stadt der Schweiz mit 400'000 Einwohnern, aber beispielsweise auch die Gemeinde Berg am Irchel – wir haben von dieser Gemeinde in der vorherigen Debatte (*über die Vorlage 5517a*) kurz gehört, der Gemeindename fällt an dieser Stelle schon wieder –, die Gemeinde Berg am Irchel, in der auf einen Quadratkilometer rund 50mal weniger Menschen wohnen als in der Stadt Zürich. Das zeigt doch, dass der Kanton Zürich diese Rolle durchaus übernehmen soll und übernehmen darf.

Namens der Kommission bitte ich Sie, der parlamentarischen Initiative von Hans-Peter Amrein zuzustimmen. Besten Dank.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht): Die heute zur Abstimmung vorliegende parlamentarische Initiative fordert eine Standesinitiative seitens des Kantons Zürich für ein Schliessungsmoratorium für Poststellen bis zum Vorliegen und der Genehmigung einer gesamtschweizerischen Poststellenplanung durch das eidgenössische Departement für Umwelt Verkehr, Energie und Kommunikation, UVEK. Und die Leitung der schweizerischen Post soll verpflichtet werden, dem UVEK im Vierjahresrhythmus eine gesamtschweizerische Poststellenplanung zur

Genehmigung vorzulegen. Erst, wenn diese Planung vorliegt und durch das UVEK genehmigt ist, soll es der Post erlaubt sein, weitere Poststellen zu schliessen. Das eidgenössische Postorganisationsgesetz, POG, soll entsprechend angepasst werden. So viel zum Initiativtext.

Die Versorgung durch die schweizerische Post ist in Teilen unseres Landes nicht mehr gewährleistet sowie in weiteren Landesteilen infrage gestellt. Es bestehen Versorgungslücken im Service public. Das Bundesparlament hat deshalb im Jahr 2018 eine Motion an den Bundesrat überwiesen, welche eine Postzustellung im ganzen Land bis 12.30 Uhr fordert. Das reicht aber nicht. Anlässlich meines Votums zum Eintreten auf diese parlamentarische Initiative im Mai 2019 bin ich im Detail auf die Problematik eingegangen und habe Beispiele aus meinem Wohn- und Wahlbezirk Meilen sowie der Stadt Zürich genannt und bin auf die Problematik von Poststellen mit reduzierter Produktpalette und/oder neuen kürzeren und kundenunfreundlicheren Öffnungszeiten eingegangen. Und die Uhr ist in den vergangenen zwölf Monaten nicht stillgestanden. Als Beispiel dafür sei die Poststelle 8703 Erlenbach, wiederum in meinem Wohnbezirk Meilen, zu erwähnen, wo die Post die Öffnungszeiten ihrer Filiale gegen den auch öffentlich kundgetanen Missmut und das Unverständnis des Handwerks- und Gewerbevereins Erlenbach und wider allen gesunden Menschenverstands quer in die Landschaft gestellt hat. Die Poststelle Erlenbach ist jetzt morgens erst ab 9 Uhr geöffnet.

Was mit dem gemäss Postleitung bis 2020 garantierten und von einer Schliessung, Produkteinschränkung oder Reduktion der Öffnungszeiten ausgenommenen 100 Poststellen im Kanton Zürich geschieht, hat die Post CH AG bis dato noch nicht kommuniziert. Es ist aber davon auszugehen, dass die Post in den nächsten Monaten in einem weiteren Schritt weitere Poststellenschliessungen und Serviceeinschränkungen im Kanton Zürich bekannt geben wird. Um für eine Korrektur dieser unhaltbaren Zustände und Entwicklungen auf Bundesebene Gehör zu finden, damit die Schliessung von Poststellen vorläufig gestoppt wird, bis eine adäquate Poststellenplanung vorliegt, ist das Instrument einer Standesinitiative seitens des Kantons mit der grössten volkswirtschaftlichen Leistung in unserem Land das richtige Instrument.

Ich bitte Sie deshalb, dieser Standesinitiative zuzustimmen.

Sibylle Marti (SP, Zürich): Die SP unterstützt diese Standesinitiative. Die Gewerkschaft syndicom, die sich schon länger mit der Schliessung von Poststellen befasst, hat eine sogenannte Poststellengefährdungskarte erstellt, die Sie online finden. Ich empfehle Ihnen allen, diese Webseite einmal zu konsultieren. Dort finden Sie eine Prognose, wie sich das Netz der Poststellen in der Schweiz in Zukunft entwickeln könnte. Sie können dann sehen, welche Poststellen bereits geschlossen sind oder sich im Schliessungsprozess befinden, welche ab 2020 gefährdet sind und welche mittelfristig als gesichert scheinen. Trifft die Prognose der syndicom zu, so wird sich die Anzahl der Poststellen im Kanton Zürich noch einmal dramatisch reduzieren. Östlich von Winterthur zum Beispiel gäbe es dann keine Poststelle mehr, die nächste wäre in Frauenfeld. Im Zürcher Oberland würden nur noch Hinwil, Wetzikon und Pfäffikon verbleiben und im Bezirk Affoltern

einzig noch Affoltern am Albis. Alle anderen Poststellen in diesen Regionen: weg. Natürlich kann man jetzt hoffen, dass die Prognose der syndicom zu pessimistisch ist und alles nicht ganz so schlimm kommt. Fakt ist aber: Die Post plant weitere Poststellenschliessungen.

Leider hat es der Ständerat im letzten Herbst verpasst, ein Moratorium von Poststellen zu beschliessen. Dies haben wir den bürgerlichen Parteien zu verdanken – auch der SVP –, die sich auf nationaler Ebene überhaupt nicht um den Service public kümmern. Umso wichtiger ist darum diese Standesinitiative, mit welcher der Kanton Zürich beim Bund ein Schliessungsmoratorium für Poststellen verlangt.

Poststellen sind für die SP ein wichtiger Bestandteil eines guten Service public, und der Abbau der letzten Jahre hat diesen Service public schon stark verschlechtert. Viele insbesondere ältere Personen in diesem Land nutzen die Post nicht nur zur Aufgabe von Briefen und Paketen, sondern eben auch als Bank, wo sie Zahlungen machen und Geld abheben. Diese Generation wird nicht mehr voll auf den digitalen Zahlungsverkehr umstellen und E-Banking machen. Vor allem für diese Personen ist es extrem mühsam oder schlicht gar nicht möglich, 20 bis 30 Minuten irgendwohin reisen zu müssen, um ihre Geldgeschäfte zu erledigen, weil die Poststellen in ihrer Umgebung geschlossen wurden. Wir dürfen diese Menschen nicht vergessen, nur weil wir gleichzeitig einen Ausbau des digitalen Angebotes befürworten.

Die SP steht ein für einen starken Service public, der nahe bei den Menschen ist. Aus diesem Grund bekämpfen wir die weitere Schliessung von Poststellen und unterstützen die vorliegende Standesinitiative. Bitte tun Sie dies auch. Vielen Dank.

Hans-Peter Brunner (FDP, Horgen): Jedem sein Pöstchen – im wörtlichen wie im übertragenen Sinne. Sei es gewerkschaftlich oder strukturkonservativ motiviert, SP und SVP berühren sich wieder mal in ihren strukturkonservativen Flügeln. Und die Grüne Partei macht da rückwärtsgewandt ebenfalls mit. Der stolze, ansonsten dem Fortschritt verpflichtete Stand Zürich soll wieder mal populistisch missbraucht werden, um mit einer unnötigen Standesinitiative sowohl die konservative Wählerbasis wie auch die gewerkschaftliche Linke zu bedienen. Es ist nicht nachvollziehbar, wie hier eine unsinnige Idee durchgeboxt werden soll, welche unseren beiden bedarfs- und zukunftsorientierten Standesvertretern in Bern (*die Ständeräte Daniel Jositsch und Ruedi Noser*) nicht im weitesten in den Sinn käme. Dass du, Hans-Peter Amrein, als von mir ansonsten sehr geschätzter Querdenker, mit dieser Standesinitiative einen Staatsbetrieb weiter einbetonieren möchtest, ist für mich schlicht nicht nachvollziehbar. Um es nochmals auf den Punkt zu bringen: Es spricht nichts für, aber viel gegen die PI:

Erstens: Das Instrument der Standesinitiative sollte durch den Kantonsrat äusserst zurückhaltend, das heisst, nur in Ausnahmesituationen, eingesetzt werden, und nur dann, wenn eine besondere Betroffenheit des Standes Zürich oder ein typisch zürcherisches Thema vorliegt. Beide Bedingungen sind im vorliegenden Fall nicht gegeben.

Zweitens: Die Planung von Poststellen obliegt nicht der Politik, sondern der Post, welche eingehend durch ein bereits sehr enges gesetzliches Korsett seine unternehmerische Verantwortung wahrnehmen können muss.

Drittens: Die bereits bestehenden Bedingungen des eidgenössischen Postgesetzes und dessen Verordnung stellen seit 2019 sicher, dass 90 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung eines jeden Kantons – eines jeden Kantons – neu innert 20 Minuten nicht bloss eine Poststelle oder Postagentur, sondern explizit auch eine Finanzdienstleistung der Post zu Fuss oder mit dem ÖV erreichen können muss. Darüber hinaus muss in städtischen Gebieten und Agglomerationen mindestens ein bedienter Zugangspunkt pro 15'000 Einwohnerinnen und Einwohner gewährleistet sein. Ferner wird die Post verpflichtet, den mit Bevölkerung und Politik geführten Dialog zu verbessern und zu intensivieren. Besonders auch dieser letzte Punkt ist also bei der Post angekommen, was mir auch als Exekutivvertreter eines grösseren Dorfs am See sehr wichtig ist. Ja, was wollen wir denn noch mehr? Die Anfang 2018 eingereichte PI ist denn auch in ihrem unterliegenden, in der Vergangenheit teilweise berechtigten Anliegen längstens ins Bundesrecht eingeflossen. Wollen wir, brauchen wir wirklich mehr? Braucht wirklich jeder sein Pöstchen? Service public in Ehren, aber es besteht bei bestem Willen kein Menschen- oder Grundrecht auf eine Postfiliale im eigenen Quartier um die Ecke.

Viertens: Die Post ist also strategisch bereits auf dem richtigen Weg. Der Regierungsrat bestätigt denn auch, dass zu diesem späten Zeitpunkt ein Moratorium weder nötig noch sinnvoll ist.

Es mutet in diesen dynamischen Zeiten reichlich antiquiert und schon fast lächerlich an, wenn der mächtige und allseits bewunderte Kanton Zürich im sprichwörtlichen Sinn des Wortes «wie die alte Post» in Bern den heldenhaften Kampf gegen den gelben Riesen aufnehmen will. Der heldenhafte Kampf wird weder unseren Weilern, Dörfern, Dorfteilen noch Städten, geschweige denn unserem Kanton oder Land nützen. Der Struktur- und Technologiewandel lässt sich nicht aufhalten. Der Regierungsrat sagt es richtig: Substanzielle Einschränkungen bei den Anpassungen an die sich verändernden Kundenbedürfnissen bei den postalischen Dienstleistungen sind Strukturpolitik, und diese ist weder im Interesse der Bevölkerung noch der Postkundinnen und -kunden des Kantons Zürich.

Die FDP distanziert sich ganz klar von dieser Standesinitiative, für welche wir überhaupt kein Verständnis haben und welche in Bern unseren Stand alles andere als Respekt und Sympathie einbringen dürfte. Unser stolzer Löwenkanton hätte wahrlich Substanzielleres und Besseres verdient. Die FDP bittet alle Kantonsrätinnen und -räte eindringlich, unserem Kanton diese Initiative zu ersparen.

Urs Dietschi (Grüne, Lindau): Es lässt sich natürlich trefflich streiten, ob eine Standesinitiative, wie sie diese PI verlangt, das richtige Instrument ist, um ein Schliessungsmoratorium für Poststellen zu verlangen, die Post damit gezwungen wird, einen Bericht vor den Entscheiden zu weiteren Poststellenschliessungen zu erstellen, der zuerst vom UVEK genehmigt werden muss. Wir können, wie gesagt, um das richtige Instrument streiten und müssen uns so nicht um das eigentliche

Problem, die Poststellenschliessungen kümmern. Dass die Poststellenschliessungen aber nicht im gleichen Stil wie bisher weitergehen können, bewog uns, diese PI zu unterstützen. Die Poststellenschliessungen sind in Bezug auf den Service public ein gröberes Problem geworden, vor allem für ältere Personen oder Menschen, denen die Affinität zu elektronischen Mitteln fehlt, wenn es zum Beispiel um den Zahlungsverkehr geht. Ob im Stadtquartier oder im Dorf, nicht jedes Postgeschäft kann im Lädeli erledigt werden. Die PI spricht einen wunden Punkt der Post direkt an: Die Versorgung ist, wie schon gesagt, in weiten Landesteilen infrage gestellt. Auf den Kanton bezogen, sind Poststellen nicht mehr adäquat vorhanden. Ganze Dörfer müssen sich mit einem beschränkten Service im Lädeli begnügen, so es das Lädeli überhaupt noch gibt. Der Service public, wie er für die Post gilt, wird – leider nicht nur bei der Post – auch immer mehr ausgedünnt. Er mutiert zu einem «Service individuel» mit schmalereem Leistungspaket. Wer Glück hat – fast schon wie beim Lotto-Sechser –, hat eine Post in der Nähe, der Rest hat sich mit einem Rumpfservice – ich erwähnte das schon – seitens der Post zu begnügen. Ob der eingeschränkte Service im Volg (*Schweizer Detailhandelsunternehmen*), einem Lädeli oder vom mobilen Postservice geboten wird, die Dienstleistungen entsprechen nicht mehr dem, was man von einer Poststelle erhalten hat und was einem Service public landläufig zugestanden wird. Es ist unbestritten: Das Schaltergeschäft ist zurückgegangen. Die Digitalisierung hat den Brief- und Zahlungsverkehr massiv unter Druck gesetzt. Aber in Teilen ihres Kerngeschäftes kannibalisierte sich die Post allerdings selber: Sie beteiligte sich an Diensten, die sie in ihrem Kerngeschäft direkt konkurrenzieren. Nach den Plänen der Post will sie auf 800 Poststellen reduzieren, will die defizitären Filialen auf eine Aktiengesellschaft auslagern, an der sich auch Dritte beteiligen können, von der Hoffnung getrieben, vom wachsenden Päcklimarkt wegen des boomenden Onlinehandels auch profitieren zu können. Was das heisst, wenn die Politik nicht Gegensteuer gibt, kann schon heute vorausgesagt werden: Es wird zu weiterem Abbau von defizitären Leistungen und Schliessungen von Postfilialen kommen. Denn der Aktionär will Gewinn und nicht Verlust. Die ewige Spirale der neoliberalen Denkweise, bei der es nur Service gibt, wenn auch bezahlt wird, stimmt dann halt nicht mehr für den Service public. Dass die Post als Service public in eine AG ausgegliedert werden konnte, ist ironischerweise der bürgerlichen Mehrheit, der auch der Initiant entstammt, zu verdanken. Ist man dann, wie in diesem Fall, von einer Poststellenschliessung selber betroffen, sieht die Sache plötzlich anders aus und man macht eine Wende – in diesem Fall zum Bessern, auch wenn es eventuell gegen die eigene Doktrin geht.

Wenn sich nun die Erkenntnis durchsetzt, dass ein Service public nicht mit ständigem Leistungsabbau aufrechterhalten werden kann, freut uns das sehr. Soll der Service public der Post erhalten bleiben, so gehört ein einigermaßen intaktes Poststellennetz dazu. Stimmen Sie dieser parlamentarischen Initiative ideologiefrei zu, so wie wir Grünen es auch tun.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf): Ein Moratorium ist ein Verbot und ein Verbot zum Schliessen von Poststellen widerspricht der liberalen Grundhaltung der Grünliberalen. Es wäre ein massiver Eingriff in die unternehmerische Freiheit der Post, denn die Post ist trotz ihrer Staatsnähe dem Markt ausgesetzt und muss entsprechend auf Marktveränderungen reagieren können. Zugegeben, es gab Zeiten, da hätten die Kommunikation und die Dialogbereitschaft besser sein können. Aber die Post hat nun eine neue Strategie und seit Januar 2019 ist eine neue Verordnung in Kraft. Die Post überfährt die Gemeinden nicht mehr mit dem Rasenmäher, sondern sucht den Dialog und geht sehr auf die Anliegen der Gemeinden ein, wie ich auch von unserem Elgger Gemeindepräsidenten (*Christoph Ziegler*) erfahren durfte, dessen Poststelle von der Schliessung bedroht ist. Denn auch der Post ist mittlerweile klar: Postschliessungen sind ein sehr emotionales Thema. Und die Gemeinden wünschen sich eine eigene Poststelle.

Aber geht es nun wirklich um ein Abwägen zwischen einem starken Service public und einem wirtschaftlichen Betrieb der Post? Die Grünliberalen meinen Nein, denn der Service public kann auch mit Poststellen-Alternativen gewährleistet sein. Die Eröffnung von Postagenturen in Tankstellen, Lebensmittelläden und so weiter ist durchaus ein adäquater Ersatz. Solche Postagenturen in Läden sind nichts Neues und gibt es in verschiedenen Ländern bereits seit Jahren oder sogar Jahrzehnten. Und sie funktionieren gut. Längere Öffnungszeiten am Abend decken Kundenbedürfnisse ab. Und wie praktisch ist es doch, wenn man nicht extra die Poststelle aufsuchen muss, um ein Paket abzugeben oder Briefmarken zu kaufen, sondern dies bequem in einer Migros erledigen kann. Die Gesamtzahl an Poststellen und Agenturen wird sogar grösser. Gemäss den Plänen für das Poststellennetz 2020 soll es bis Ende dieses Jahres schweizweit rund 30 Prozent mehr Postanlaufstellen geben als noch 2017; 30 Prozent, das ist ein ausgebauter Service public. Und wir dürfen nicht vergessen: Die schweizerische Post ist gemäss Artikel 14 und 32 des Postgesetzes verpflichtet, ein landesweit flächendeckendes Netz für diese Zugangspunkte zu betreiben. Dieses Netz stellt sicher, dass die Grundversorgung mit Post und Zahlungsverkehrsdiensten für alle Bevölkerungsgruppen in allen Regionen in angemessener Distanz zugänglich ist.

Kommt dazu, dass Online- und Auslandeinkäufe boomen und damit auch die physischen Standorte der Post direkt und in zunehmendem Masse konkurrenzieren. Zudem sind bequeme Hausservices schon lange im Vormarsch. Dies sind gute Beispiele, wie sich die Kundenbedürfnisse über die Zeit wandeln. Demgegenüber sind Schaltergeschäfte mit Briefen, Paketen, Ein- und Auszahlungen sowie Bargeldbezüge seit Jahrzehnten stark rückläufig. Die Post muss laufend auf das sich stark und rasch verändernde Nachfrageverhalten der Bevölkerung reagieren können. Ja, sie steht geradezu in der Pflicht, haushälterisch mit den Mitteln umzugehen und ihre Strategie auf den technologischen und gesellschaftlichen Wandel auszurichten. Eine teure Strukturhaltungspolitik ist weder im Interesse der Bevölkerung noch der Postkundinnen und -kunden des Kantons Zürich. Auch höhere Tarife und Quersubventionen sind keine valablen Alternativen. Ziel der Post ist es und soll es sein, auch in Zukunft die Grundversorgung aus eigenen Mitteln, also ohne Subventionen bezahlen zu können. Es ist also nichts falsch dran, wenn

die Post ihr Netz fortlaufend weiterentwickelt und insbesondere auf kostengünstigere Formate, wie Agenturen, setzt. Es ist auch nichts falsch daran, wenn die Post sowohl die Defizite im Postnetz verkleinert als auch der Bevölkerung mehr und flexiblere Möglichkeiten zur Verfügung stellt. Ein Schliessungs-Moratorium ist weder liberal noch nötig noch sinnvoll. Ein Moratorium würde lediglich die Position der Post schwächen, die Kostenstruktur zementieren und überwiegend die städtischen Kantone, wie den Kanton Zürich, belasten.

Stimmen Sie Nein. Danke.

Jean-Philippe Pinto (CVP, Volketswil): Die CVP versteht die Haltung der Mehrheit der STGK insofern, als die Post zum Service public gehört. Jede Person soll Zugang zu postalischen Dienstleistungen in kurzer Zeit und Distanz haben. Ich habe auch volles Verständnis dafür, dass sich Gemeinden und auch Bürgerinnen und Bürger gegen die Schliessung einer Poststelle oder Agentur zur Wehr setzen. Das ist ihr gutes, demokratisches Recht. Die Post muss dann ein Verfahren in Gang setzen und zuerst die zuständige Behörde der betroffenen Gemeinde anhören und eine einvernehmliche Lösung suchen. Kommt kein Konsens zustande, kann die Gemeinde an die Postcom (*Eidgenössische Postkommission*) gelangen. Ja, es ist eine Tatsache, dass immer mehr Poststellen geschlossen oder in Agenturen umgewandelt werden. daneben gibt es aber auch neue Formen, wie die Verlegung des Postschalters vor die Haustür, von mobilen Poststellen oder von Verkaufspunkten in Einkaufszentren. Zum Teil nehmen ja sogar die Zeiten zu, in denen man die Postdienstleistungen erlangen kann. Die Schweiz hat auch nach diversen Schliessungen immer noch die höchste Dichte an Poststellen weltweit.

Wir müssen uns alle fragen, was wir von der Post wollen. Auf der einen Seite wird die Post von der Politik in die Pflicht genommen, haushälterisch mit den finanziellen Mitteln umzugehen. Auf der anderen Seite wird der Markt auch für Dritte immer mehr liberalisiert. Diese Rechnung kann langfristig nicht aufgehen. Auch hat sich das Nachfrageverhalten der Kundschaft in den letzten Jahren verändert und wird sich in nächster Zeit noch rasanter verändern. Ähnlich wie im Bankwesen wird dies auch bei der Post zu noch mehr Schliessungen von Filialen führen. Wie andere Unternehmungen auch muss auch die Post auf das stark und rasch ändernde Nachfrageverhalten der Bevölkerung reagieren. Die Zeiten insbesondere für die Briefpost haben sich geändert. Der Onlinemarkt wächst auch bei den Postdienstleistungen überproportional. Der berühmt-berüchtigte Ansturm am Ende des Monats für die Einzahlungen gehört auch bald der Vergangenheit an. Nun stellt die CVP fest, dass die Mehrheit der STGK in einer seltenen unheiligen Allianz an der Standesinitiative festhält. Das kann die CVP aus verschiedenen Gründen nicht nachvollziehen, insbesondere ist dieses Thema auch in Bern seit der Einreichung der parlamentarischen Initiative längstens angekommen. Das Thema der Postschliessungen wird auch in Bundesbern heiss und kontrovers diskutiert. Hierzu braucht es schlicht keine Standesinitiative aus Zürich. Liebe Kolleginnen und Kollegen der befürwortenden Fraktionen, habt ihr keine Vertretung und Stimme in Bern, dass ihr zu einem solch schwachen Mittel der Standesinitiative greifen müsst? Wir machen uns in Bern nur lächerlich.

Die CVP ist für den Service public, aber in einem vernünftigen Ausmass und mit Augenmass. Die CVP als moderne Partei verschliesst sich auch nicht den Veränderungen des Kundenverhaltens und der Verschiebung der Nachfrage. Die CVP lehnt daher die Einreichung einer Standesinitiative ab.

Walter Meier (EVP, Uster): Der Kanton Zürich soll eine Standesinitiative einreichen und beim Bund ein Moratorium für die Schliessung von Poststellen fordern. Die Post soll alle vier Jahre dem UVEK eine gesamtschweizerische Poststellenplanung zur Genehmigung vorlegen. Erst wenn die Planung jeweils genehmigt ist, darf die Post allfällige Poststellen schliessen.

Es ist nicht abzustreiten, dass die Schliessung von Poststellen für gewisse Bevölkerungskreise ein Problem darstellt. Dazu kommt, dass die Post nicht immer zur Zufriedenheit aller mit den Behörden im Voraus das Gespräch sucht, was sie müsste.

Das Poststellennetz ist defizitär. Das ist zwar gewollt, aber das Defizit darf nicht übermässig gross sein und sollte auch nicht steigen. Mit den bisher getroffenen Massnahmen ist man auf einem guten Weg und sucht auch nach unkonventionellen Lösungen. Dieser Weg soll weiter beschritten werden.

Die Problematik ist auf Bundesebene genügend bekannt. Eine Standesinitiative braucht es nicht. Zudem stellt sich die Frage, ob eine Standesinitiative das richtige Instrument ist. Wenn eine Kantonsratsfraktion der Meinung ist, dass es ein Poststellen-Schliessungs-Moratorium braucht, müsste sie ihre eigenen National- und Ständeräte überzeugen. Zumindest eine Fraktion brachte zum Ausdruck, dass sie befürchtet, dass sie keinen National- oder Ständerat findet, der das Anliegen unterstützt und einen entsprechenden Antrag einreicht. Dann braucht es auch keine Standesinitiative.

Die EVP unterstützt die PI definitiv nicht.

Kaspar Bütikofer (AL, Zürich): Diese parlamentarische Initiative – ich muss es ehrlich sagen – ist eher ein Schaumschläger-Vorstoss. Es ist fraglich, warum es hier eine Standesinitiative braucht, denn, wenn die Fraktionen der SVP, der SP und auch der Grünen in Bern ein Moratorium möchten, dann könnten sie dies längstens beschliessen. Es ist einfach die Frage, ob sie das überhaupt könnten. Aber die Alternative Liste AL wird diese PI dennoch unterstützen, ganz nach dem Motto «Nützt's nüüt, so schadt's nüüt».

Wir haben das Grundproblem, dass der Service public ausgelagert wird. Das ist auch bei der Post so, sie wurde 2012 in eine eigenständige Aktiengesellschaft umgewandelt und ist seither der Politik grösstenteils entzogen. Das Parlament kann nicht mehr viel sagen in Bern. Es ist einzig das Gesetz, das noch Rahmenbedingungen vorgibt, das Postorganisationsgesetz und das Postgesetz, und der Bundesrat kann über die Eigentümerstrategie die Post noch ganz bedingt steuern. Ein weiteres Übel besteht darin, dass die Post Proficenter einführte, dass sie den Postbetrieb divisionalisierte und sich neu organisierte, indem sie «Post Mail» und «Post Logistics» und «Poststellen und Verkauf» gründete. Es ist so, dass «Post Mail» und «Post Logistics» Gewinn machen. «Poststellen und Verkauf» hat keine

direkten Einnahmen, sie hat einzig Einnahmen über interne Verrechnungen. Das heisst, «Poststellen und Verkauf» ist defizitär. Das führt dazu, dass nun die Poststellen, eine um die andere, abgebaut werden. Diese Divisionalisierung geht auf Ulrich Gygi, damals Verwaltungsratspräsident, zurück und mit dieser Divisionalisierung wurden die Poststellen dann Stück für Stück reduziert. Ursprünglich gab es etwa 2500 Poststellen, heute sind es noch rund 900. Das heisst, der Service public wurde hier radikal zurückgefahren. Die direkten Zugangspunkte der Bevölkerung zu Postdienstleistungen wurden so stark reduziert und die Post ziemlich bevölkerungsfern. Und die Post hat auch bei der Bevölkerung stark an Goodwill eingebüsst.

Das Problem ist inzwischen erkannt, die Politik hat reagiert, indem die Zugangskriterien zu Postdienstleistungen und zu Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs präzisiert und geschärft wurden. Und andererseits hat aber auch das Post-Management, der neue CEO der Post, Roberto Cirillo, hat erkannt, dass die Divisionalisierung ein Problem ist, er will die drei Divisionen wieder zusammenlegen und eine Dienstleistung aus einer Hand machen. Er spricht auch davon, dass er ein Moratorium machen möchte. Er möchte noch dieses Jahr die Poststellen abbauen und dann bei etwa 800 Poststellen stabilisieren.

Fazit daher: Herr Amrein, Sie kommen rund zehn Jahre zu spät. Man hätte vor zehn Jahren handeln müssen. Aber die AL unterstützt diese parlamentarische Initiative dennoch, nach dem Motto «Nützt's nüüt, so schadt's nüüt». Besten Dank.

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil): Wir haben es gehört, warum diese Standesinitiative nötig ist: Hauptgrund dafür ist die Tatsache, dass die Post bis anhin keine Sensibilität für die Anliegen der Bevölkerung und der Wirtschaft gezeigt hat. Auch grössere Poststellen stellten Kunden in den vergangenen Jahren vor vollendete Tatsachen: mit kürzeren, gewerbe- und kundenunfreundlicheren Öffnungszeiten, die erst ab 9 Uhr beginnen. Die Dienstleistungen der Post wurden durch alternative Postagenturen, zum Beispiel in Volg-Filialen, stark eingeschränkt, und sie sind kein gleichwertiger Ersatz, speziell im Bereich des Bargeldverkehrs oder im Umgang zum Beispiel mit Einschreiben. Auch wenn neue Modelle und/oder Technologien seitens der Post geprüft werden, so ist zum Beispiel das Pilotprojekt mit einem Home-Service-Bestellstift für Betroffene mit einem hohen Postvolumen nicht zielführend.

Eine Standesinitiative seitens des Kantons Zürich mit der grössten volkswirtschaftlichen Leistung hat ein entsprechendes Gewicht, und mit dem geforderten Vierjahres-Rhythmus wird die bis anhin als willkürlich und nur schwer nachvollziehbar wahrgenommene Vorgehensweise doch etwas strukturiert. Mit der Genehmigung durch das UVEK erhält das Vorgehen auch den offiziellen Charakter und die notwendige Gewichtung. Betroffene Gemeinden können frühzeitig in den Dialog mit der Bevölkerung treten und Alternativen vergleichen und gründlich prüfen.

Der neue Postchef Roberto Cirillo scheint mit ziemlich viel Bodenhaftung ausgestattet zu sein, war er doch in den ersten zehn Monaten im ganzen Land unter-

wegs. Er besuchte Paketzentren, ging mit Pöstlern auf die Tour, sprach mit Schalterangestellten und fühlte bei Gemeindeversammlungen auch den Puls der Bevölkerung. Er scheint also mit Feingespür und trotzdem ziemlich temperamentvoll unterwegs zu sein, und nun hoffen wir, dass er seine PS auch auf den Boden bringt. Wir begrüßen diese neue Firmenkultur mit einem Gehör für die Anliegen der Mitarbeitenden und der Bevölkerung. Es soll auch ein Signal sein, denn solche strukturellen Veränderungen sollen grundsätzlich konzeptionell geplant und kommuniziert und nicht einfach durch die Hintertür eingeführt werden, so dass sich die Bürger nur noch verwundert die Augen reiben können.

Wir danken Ihnen, wenn Sie das ebenfalls so sehen.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Ich bitte Sie, die Standesinitiative zu unterstützen – mit guten Gründen: Warum eine Standesinitiative? Hier wurde diese teilweise verteufelt, das sei doch etwas, das es eigentlich gar nicht gibt. Doch Standesinitiativen sind im Gesetz vorgesehen. Standesinitiativen sind nicht nur nötig, wenn der Kanton Zürich als Einziger betroffen ist, sondern auch, wenn sich im Kanton Zürich eine wesentliche Betroffenheit zeigt. Und Standesinitiativen sind ein gesunder Tritt ins Hinterteil der Bundesparlamentarier, damit sie mal den Finger aus was auch immer rausnehmen und sich um die Sache kümmern.

Sehr bedauerlich finde ich, dass hier die FDP der ungehemmten unternehmerischen Brutalität das Wort redet. Unternehmerische, beliebige Brutalität in einem öffentlichen Unternehmen ist nicht das, was wir brauchen, abgesehen davon, dass unternehmerische Brutalität – das haben die FDP und zum Beispiel die Swissair (*konkursite Schweizer Fluggesellschaft*) bewiesen – nicht immer gerade zum Erfolg führt. Auch das sollten wir beachten. Menschlichkeit und soziales Denken entspricht durchaus der SVP, aber auch der SP, und ich freue mich sehr, dass hier beide Fraktionen am gleichen Strick ziehen.

Menschlichkeit, was hat das mit der Post zu tun? Soll man vielleicht Milliarden für irgendwelche Ankäufe einer ugandischen oder spanischen Post hinauswerfen oder soll man lieber nicht so Profit bringende Poststellen zugunsten der Menschen in der Schweiz erhalten? Service public ist etwas dringend Nötiges. Service public ist Sache der Post. Die Post hat signalisiert, sie sei ja sehr menschlich, sie sei für Inklusion, sie sei auch für Demonstrationen, die gegen die Coronavirus-Vorschriften verstossen. Und wer da nicht dafür ist bei der Post, fliegt raus. So funktioniert Menschlichkeit nicht, sondern Menschlichkeit funktioniert gerade mit dem Erhalt von Poststellen und Postdienstleistungen.

Wir seien zehn Jahre zu spät, wurde gesagt. Das ist nicht ganz falsch, zehn Jahre zu spät sind wir tatsächlich, aber es musste ja erst mal ein Missstand sichtbar werden. Und da ist leider manches nicht mehr rückgängig zu machen. Bemühen wir uns wenigstens, das Gute, das jetzt noch vorhanden ist, zu erhalten. Ich danke euch.

Erich Vontobel (EDU, Bubikon): Als Mitunterzeichner dieser PI freut es mich sehr, dass unsere Argumente auch in der STGK verstanden worden sind. Eine

deutliche Mehrheit der STGK findet es offenbar lohnenswert, sich als Kanton Zürich in Bern Gehör zu verschaffen, damit die Schliessung von Poststellen vorläufig gestoppt wird, bis eine adäquate Poststellenplanung vorliegt. Dass eine Standesinitiative nicht das Gelbe vom Ei ist, ist ja wohl uns allen bewusst. Und dennoch ist das 100 Prozent besser, als einfach nichts zu tun und zu diesem wichtigen Thema zu schweigen. Das von der STGK-Minderheit ins Feld geführte Argument, es könnte mit dieser Standesinitiative ein Abwehrreflex gegen den Kanton Zürich ausgelöst werden, ist für mich nicht nachvollziehbar, im Gegenteil: Wenn der Kanton Zürich, wo Geld bekanntlich eine grosse Rolle spielt, sich für einen starken Service public und sich damit für die breite Bevölkerung einsetzt, dürfte das in Bern sicher nur positiv aufgenommen werden. Wir gewichten einen starken Service public etwas höher als rein finanzielle Aspekte, das heisst, eine gute Grundversorgung durch ein entsprechendes Poststellennetz darf auch etwas kosten. Und genau das ist doch eine sympathische Haltung. Bei uns in der Wirtschaftsmetropole Zürich zählt nicht nur das Geld, lieber Hans-Peter Brunner von der FDP.

Ich danke Ihnen, wenn Sie mithelfen, dieses Signal nach Bern zu schicken. Unterstützen Sie bitte diese PI nun auch noch definitiv. Danke.

Hans-Peter Brunner (FDP, Horgen) spricht zum zweiten Mal: Es wurde von unternehmerischer Brutalität der FDP gesprochen: Es ist nicht brutal, wenn wir den Lauf der Zeit anerkennen und auch bereit sind für neue Entwicklungen, neue Bedürfnisse, neue Anliegen, das ist menschlich, Valentin Oehen (*ehemaliger Nationalrat und Präsident der Nationalen Aktion*) oder Valentin Landmann, Entschuldigung, das ist menschlich. Dann wurde auch der Schulterschluss zwischen der SVP und der SP erwähnt: Ja, es ist natürlich wirklich eine unheilige Allianz, auch in diesem Rat, wenn diese beiden strukturkonservativen Flügel sich berühren und eine Standesinitiative aus einem modernen, dem Fortschritt verpflichteten Kanton nach Bern tragen, die nicht in unserem Interesse sein kann. Ich kann einfach nicht nachvollziehen, dass diese Initiative aus diesem Kanton auf die Prioritätenliste in Bern gesetzt werden soll, wo doch wirklich dringendere, grössere Probleme – auch menschliche – in unserem Kanton anstehen.

Bitte lehnen Sie diese Initiative ab.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Es wurde schon gesagt: Die vorliegende Standesinitiative zielt ja darauf ab, dass die Schliessung der Poststellen sistiert wird, bis das UVEK die Poststellenplanung genehmigt haben wird. Ich unterstütze diese Standesinitiative nicht, und zwar aus folgenden Gründen:

Schauen Sie, die Post befindet sich im Moment in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld. Das Schaltergeschäft verliert kontinuierlich, seit vielen Jahren schon – das ist nichts Neues –, und die Digitalisierung trägt einen grossen Teil dazu bei. Und diese Digitalisierung kann man nicht aufheben. Auch für die Post ist es schwierig, andere Finanzquellen zu erschliessen – ich denke zum Beispiel an das Briefmonopol bis 50 Gramm –, und auch die Kompensation via Paketpost, Postfinance et cetera dürfte nicht einfach sein. Aber ein weiterer wichtiger Grund

ist, dass ja bereits seit dem 1. Januar 2019 die revidierte Postverordnung in Kraft ist. Und diese Verordnung hat gerade die Vorgaben in den umstrittenen Bereichen – einen Bereich, den wir heute auch diskutieren – bereits verschärft. Und, drittens, hat die Post gerade erst im Mai ihre Strategie 2021 bis 2024 verkündet, und diese Strategie wurde von der nationalrätlichen Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen unterstützt. Auch in dieser Strategie wurde nochmals bestätigt, dass die Zahl der Filialen bei 800 stabilisiert wird. Es braucht also kein Moratorium aus dem Kanton Zürich.

Schauen Sie, gleichzeitig ist das auch ein Thema in Bundesbern. Es gibt verschiedenste Standesinitiativen, ich spreche vom Kanton Jura, dann vom Kanton Tessin, Kanton Genf, Kanton Basel-Stadt und Kanton Solothurn. Es braucht kein weiteres Zeichen aus dem Kanton Zürich. Hinzu kommt, dass weitere Motionen hängig sind.

Nun, aus meiner Sicht und aus Sicht der Zürcher Regierung ist diese Standesinitiative nicht nötig. Und auch mit Blick auf «Nützt's nüüt, so schadt's nüüt»: Das ist aus meiner Sicht kein Grund für den Kanton Zürich in seiner Grösse, mit einer solchen Haltung eine Standesinitiative nach Bern zu schicken. Auch das Thema «Lädeli und Poststellen» ist doch nicht so unsympathisch und so schlecht. Schauen Sie, es gibt einige Läden, die dank der Post überleben, und das hat sicher nichts mit unternehmerischer Brutalität zu tun, sondern ist die Chance für viele Gemeinden, überhaupt noch einen Laden und ein Poststellenangebot aufrechtzuerhalten. Auch im Kanton Zürich ist die Situation nicht so, wie Sie es geschildert haben, Herr Kantonsrat Hans-Peter Brunner hat es eindrücklich geschildert: Wir konnten uns im Kanton Zürich ziemlich wehren für unsere Poststellen, und glauben Sie mir, wir geben das nicht so einfach her. Ich würde Ihnen raten, einen Blick in andere Kantone zu werfen, in Bergkantone, zum Beispiel Graubünden, und dann werden Sie sehen, dass wir in unserem Kanton Zürich so schlecht nicht dastehen.

Zusammengefasst: Diese Standesinitiative ist nicht nötig, kommt auch reichlich spät. Und es ist nicht richtig, den Kanton Zürich mit einem solchen Instrument nach Bern zu schicken. «Nützt's nüüt, so schadt's nüüt» – bitte schicken Sie mich nicht mit dieser Botschaft nach Bern. Vielen Dank.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Frau Regierungsrätin, doch, wir schicken Sie nach Bern und Sie unterstützen hoffentlich einen grossen Teil der Bevölkerung des Kantons Zürich, welche die die Postschliessungen und die latenten Postschliessungen, die momentan in diesem Kanton vor sich gehen – ich komme noch kurz darauf zurück –, eben nicht goutieren. Und Frau Regierungsrätin, Sie sagen, dieses Anliegen mache keinen Sinn. Sie sagen, man solle Sie nicht schicken, und die Kommission in Bern hätte ja schon... Sie wissen ja, wie das Spiel in Bern gespielt wird. Das Spiel in Bern wird mit PR-Agenturen und mit Lobbyisten gespielt. Und ich denke, dass es da wieder starke Lobbyarbeit bei einzelnen Mitgliedern gegeben hat. Und wie ich verstehe, brauchen Sie dieses Instrument ja auch – oder Ihnen nahestehende Kreise, Frau Regierungsrätin, Stichwort «Innovationspark» und »Lobbyismus und PR-Agenturen« brauchen es.

Nein, es geht hier darum, dass ein grosser Teil der Bevölkerung das nicht versteht und nicht nur der Handels- und Gewerbeverein in Erlenbach, im Kanton Zürich. Es kann doch nicht sein, dass am Kreuzplatz in Zürich die Post erst um 9 Uhr öffnet. Und das ist jetzt der neue Weg, den man einschlägt, um die Poststellenschliessungen weiter voranzutreiben, weil man dann sagen kann, ja, der Service public werde ja gar nicht gebraucht. Ja wenn Sie in einer städtischen Filiale erst um 9 Uhr aufmachen, dann sind die Leute normalerweise in der Tat schon bei der Arbeit. Und dann kommen wirklich nur noch die Grossmütter, Frau Regierungsrätin, und die kommen halt etwas später. Deshalb ist es absolut verständlich, dass die Bevölkerung das nicht goutiert.

Und eine Standesinitiative macht, Jean-Philippe Pinto, sehr wohl Sinn. Denn die Standesinitiative des grössten Kantons zeigt doch der Post und zeigt auch in Bern, dass wir uns da Gedanken machen. Natürlich geht die Digitalisierung weiter. Aber Digitalisierung hin oder her, Frau Walker Späh, Sie können deswegen in der Migros (*Schweizer Detailhandelsunternehmen*) immer noch keine Einzahlungen machen, und das ist schlecht. Und die Migros ist auch nicht das Kleinlädeli. Es gibt sehr, sehr wenige Kleinlädeli im Kanton Zürich, die zu Poststellen umfunktioniert wurden.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung dieser parlamentarischen Initiative.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

I. und II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 104 : 63 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission und damit der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 50/2018 zuzustimmen.

Das Geschäft ist erledigt.